

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 40 (2013)
Heft: 2

Artikel: "Konkrete Lösungen für konkrete Probleme, statt abstrakte Zahlen"
Autor: Müller, Jürg / Leimgruber, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

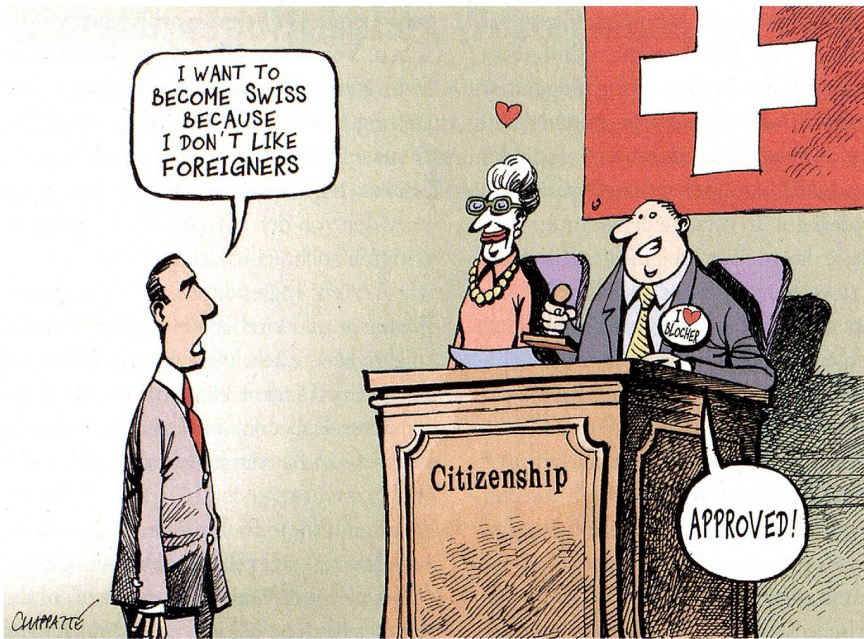
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Ich möchte Schweizer werden, ich mag keine Ausländer»

heisst: Ausbau der flankierenden Massnahmen gegen Lohndruck und hohe Mieten. Einen grossen Fehler sehen sie in der «verfehlten bürgerlichen Standort- und Steuerpolitik». Die Schweiz locke «mit den tiefsten Steuern aller strukturstarken Länder internationale Firmen an, obwohl sie gar nicht über genügend qualifiziertes Personal verfügt», kritisiert die SP. Die Folge: Ausländische Arbeitskräfte strömen in die be-

reits überhitzten wirtschaftlichen Brennpunkte. Den Nutzen davon hätten fast ausschliesslich die Konzerne, während die Öffentlichkeit die negativen Folgen zu tragen habe, wie explodierende Immobilienpreise, hohe Mieten etc.

An den Stammtischen wird selten unterschieden, von welcher Ausländerkategorie man spricht: von den Asylsuchenden, den Niedergelassenen, den pauschal-besteu-

ten Multimilliardären, den Spitzenmanagern und Konzernchefs, den Studierenden, den landwirtschaftlichen Hilfskräften, den Chefärzten, den Professoren oder den Fachkräften in Dienstleistung und Handwerk. Sie alle benutzen zwar die schweizerische Infrastruktur. Doch alle Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten auf die Einwanderung abzuschieben, ist unredlich. Der zunehmende Verbrauch an Wohnfläche zum Beispiel ist in erster Linie die Folge der seit Jahren steigenden Ansprüche der schweizerischen Gesellschaft. Die Zersiedelung ist im Wesentlichen das Resultat mangelnder Raumplanung und die zunehmende Mobilität auf Strasse und Schiene ist mit der immer stärkeren Trennung von Wohn- und Arbeitsort eine Folge davon. Die Zuwanderung akzentuiert diese hausgemachten Probleme und macht den ohnehin bestehenden Reformbedarf umso dringender.

Immer mehr radikale Vorschläge

Unter dem Dichtestress stehen plötzlich nicht mehr Reformen, sondern Radikallösungen im Zentrum des Interesses. Doch einfache Lösungen für komplexe Probleme haben immer auch ihre Tücken. Das ist bei beiden Einwanderungsinitiativen, jener der SVP und jener der Vereinigung Ecopop, gleichermassen der Fall (siehe Text rechts).

«Konkrete Lösungen für konkrete Probleme, statt abstrakte Zahlen»

Migration ist nichts Neues in der Geschichte, doch die Wanderungsbewegungen sind heute besonders intensiv. Wie gross die Zuwanderung sein darf, sei keine Frage von Zahlen, sondern eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses, sagt Professor Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen.

Interview: Jürg Müller

«SCHWEIZER REVUE»: In der Schweiz leben über acht Millionen Menschen, rund 1,8 Millionen davon sind Migrantinnen und Migranten. Sind wir zu viele im Land?

WALTER LEIMGRUBER: Es gibt keine Berechnungsgrundlage, aufgrund der man festlegen kann, ob zu viele, zu wenige oder genau die richtige Anzahl Menschen in einem Land leben. Wie viele Migranten eine Gesellschaft tatsächlich verträgt, ist primär eine Frage des gesellschaftlichen Konsenses.

Welche Rolle spielte die Migration in der Geschichte der Schweiz?

Die Schweiz ist historisch gesehen kein Einwanderungsland. Aber Migration ist nichts Neues. Es gab immer soziale Gruppen,

die umherzogen und weite Distanzen zurücklegten. Im Mittelalter etwa Handwerker, Händler und Gelehrte. Die Schweiz war zu dem lange ein Auswanderungsland, insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert, als die Armut die Menschen zur Auswanderung zwang.

Migration hat es also immer gegeben. Wieso erleben viele die Gegenwart als so dramatisch?

Es ist sicher die Intensität der Migration. Wir finden uns aber auch deshalb nicht mit der Migration ab, weil wir das Bild einer immobilen, stabilen Gesellschaft in uns tragen. Diese Vorstellung hat sich erst im 19. Jahrhundert mit der Bildung der Nationalstaaten herauskristallisiert. Es ist die Vorstellung, jeder Mensch habe einen natürlichen Ort, wo er verwurzelt ist und lebt. Mit der Wirklichkeit hatte das seit je kaum etwas zu tun. Vor allem bis zum Ersten Weltkrieg hat man die Landesgrenzen gar nicht als solche wahrgenommen, der Austausch jeglicher Art über die Grenzen war etwas sehr Selbstverständliches.

Trotz allem: Die starke Zuwanderung löst Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung aus. Was sagen Sie als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen diesen Leuten?

Die Ängste sind insofern begründet, als die Migration und die Mobilität eine grosse Herausforderung darstellen, für die Gesell-

In seiner Botschaft zur SVP-Volksinitiative warnt der Bundesrat, dass sich das Volksbegehren direkt gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU richte. Die Kündigung dieses Abkommens hätte laut dem Bundesrat «gravierende Konsequenzen für die Schweizer Volkswirtschaft, die jeden zweiten Franken in der EU verdient». Und zwar auch deshalb, weil damit das ganze Vertragswerk der bilateralen Abkommen in Frage gestellt wäre.

Eine völlig unberechenbare Dynamik könnte die Ecopop-Initiative entwickeln. Denn das Volksbegehren der schillernden Vereinigung spricht ganz unterschiedliche Kreise an. Ecopop versteht sich als ökologische Bewegung mit dem Blick auf Bevölkerungsfragen. Die Zuwanderungsbegrenzung ist zwar eine traditionelle Forderung der Rechten. Doch das Ziel, die Einwanderung zum Schutz der Umwelt zu bremsen, gefällt auch Teilen der links-grünen Wählerschaft.

Der Schweiz stehen somit einige turbulente Migrationsdebatten ins Haus, die je nach Ausgang der Volksabstimmungen weit mehr als bloss einen Imageschaden nach sich ziehen könnten. Sie haben das Zeug dazu, die gesamte, ohnehin sehr fragil gewordene Europapolitik der Schweiz zum Einsturz zu bringen.

JÜRIG MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»



SVP «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

Die Volksinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) «Gegen Masseneinwanderung» diente als Wahlkampfschlager bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2011. Eingereicht wurde sie im Februar 2012 mit 135 557 gültigen Unterschriften. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab, sie wird voraussichtlich im laufenden Jahr das Parlament beschäftigen, bevor sie dem Volk unterbreitet wird. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz jährlich Höchstzahlen und Kontingente für die Aufenthaltsbewilligungen festlegt. Damit keine Umgehungsmöglichkeiten bestehen, sollen alle Ausländerkategorien einbezogen werden, auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Asylsuchende. Einwanderung soll dann möglich sein, wenn sie den «gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung des Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer» dient. «Massgebende

Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende eigenständige Existenzgrundlage», heisst es im Initiativtext.

UMWELTSCHUTZ VIA BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Die Ecopop-Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» ist im November 2012 mit 119 816 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Der Bundesrat hat dazu noch nicht Stellung genommen. Die Vereinigung Ecopop bezeichnet sich als «einzige Umweltschutzorganisation der Schweiz, die sich mit dem Faktor Bevölkerung ernsthaft auseinandersetzt». Die Initiative strebt für die Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau an, «auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind». Die Zuwanderung in die Schweiz soll auf jährlich 0,2 Prozent der Bevölkerung beschränkt werden. Zudem soll die Eidgenossenschaft verpflichtet werden, zehn Prozent ihrer Entwicklungshilfegelder für die freiwillige Familienplanung in Staaten der dritten Welt einzusetzen. JM

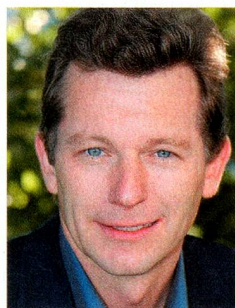
schaft als Ganzes, insbesondere aber auch für einzelne Gruppen. Stichworte sind dabei die Angst um den Arbeitsplatz, um bezahlbaren Wohnraum, aber auch die Globalisierung. Alte Gewissheiten oder Überzeugungen wie jene, dass es wirtschaftlich immer nur aufwärts geht und der Wohlstand stetig zunimmt, brechen weg.

Gibt es aus diesem Grund heute so viel Ablehnung gegenüber den Deutschen? Eigentlich sind die Deutschen doch Immigranten, die uns in vieler Hinsicht nahe stehen.

Diese Ablehnung ist wirklich sehr bemerkenswert. Es gibt dafür einmal historische Gründe. Wir hatten im Laufe der Jahrhunderte sehr viele politische Auseinandersetzungen, angefangen bei der Loslösung der Eidgenossenschaft vom Deutschen Reich bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Die Schweizer legten immer grossen Wert darauf, sich abzugrenzen, und nicht als Deutsche wahrgenommen zu werden. Heute sind es vor allem Mentalitätsunterschiede. Die Deutschen denken, dass sie sich in der (deutsch)schweizerischen Gesellschaft völlig problemlos bewegen könnten, weil beide die gleiche Sprache sprechen. Aber gerade da liegt oft der Haken: Die Deutschen sind viel direkter in ihrer Ausdrucksweise. Sie verstehen zum Beispiel häufig nicht, dass ein «Ja, aber» eines Schweizlers eigentlich «Nein» bedeutet. Da braucht es einfach sehr viel Kommunikation.

Zwei Initiativen zur Migration sind hängig, die Einwanderungsinitiative der SVP und die der Vereinigung Ecopop. Sehen Sie da Lösungsansätze?

Die beiden Initiativen beruhen auf Annahmen von bestimmten Grössenordnungen, die man aber quantitativ nicht belegen kann, weder als richtig noch als falsch. Es gibt Gebiete auf der Welt, die viel dichter besiedelt sind als die Schweiz und gut funktionieren, und solche, die dünn besiedelt sind und sehr schlecht funktionieren. Diese Initiativen sind der falsche Ansatz. Wir sollten nicht mit quantitativen Vorgaben operieren, sondern schauen, wo konkret uns der Schuh drückt, und für diese Probleme massgeschneiderte Lösungen finden, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.



WALTER LEIMGRUBER (53) ist ordentlicher Professor und Leiter des Seminars für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel. Forschungsaufenthalte in den USA, Frankreich und Deutschland. Gastdozent in Marburg und Wien. Seit Januar 2012 Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen.